



Medienmitteilung Nr. 1230

Bern, 24. April 2025

Gigabitstrategie des Bundes beschleunigen

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB unterstützt die Gigabitstrategie des Bundes. Die SAB fordert aber in ihrer Stellungnahme, dass der Ausbau der Breitbandnetze beschleunigt und vollumfänglich durch den Bund finanziert wird. Auf eine Ko-Finanzierung durch die Kantone ist zu verzichten. Zudem müssen die vorgesehenen Verfahren vereinfacht werden.

Der Bundesrat hat im März 2025 seine sogenannte Gigabitstrategie vorgestellt. Er will damit eine flächendeckende Versorgung mit Hochbreitband von mindestens 1 Gbit/s sicher stellen. Die SAB unterstützt diese Gigabitstrategie. Denn leistungsfähige digitale Infrastrukturen sind in der modernen Welt unerlässliche Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten. Die SAB wertet die Gigabitstrategie als ein positives Zeichen für den nationalen Zusammenhalt und die Überwindung des digitalen Grabens in der Schweiz.

Ausbau beschleunigen

Aus Sicht der SAB geht der geplante Ausbau aber zu langsam. Nach dem Fahrplan des Bundesrates wären die letzten Gebiete erst im Jahr 2037 mit leistungsfähigen digitalen Infrastrukturen erschlossen. Die SAB fordert deshalb in ihrer Stellungnahme den Bundesrat auf, den Zeitplan zu beschleunigen. Konkret sollen das neue Bundesgesetz über die Förderung des Ausbaus der Breitbandinfrastrukturen bereits im Jahr 2027 in Kraft gesetzt und die ersten Projekte ab 2028 gefördert werden.

Verzicht auf finanzielle Beteiligung durch die Kantone

Der Bundesrat will den Breitbandausbau nur dort fördern, wo sich die Kantone finanziell beteiligen. Gerade für die eher finanzschwachen ländlichen Kantone dürfte das aber eine unüberwindbare Hürde darstellen. Zudem hält die

Bundesverfassung unmissverständlich fest, dass die Erschliessung mit Telekommunikationsinfrastrukturen alleinige Bundesangelegenheit ist. Der Bund kann dazu die Erträge aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen einsetzen. Vergleichbare Finanzquellen fehlen den Kantonen und Gemeinden. So wie sie im Moment konzipiert ist, würde die Gigabitstrategie also ausgerechnet jene Kantone und Gemeinden benachteiligen, welche am stärksten darauf angewiesen sind. Die SAB fordert deshalb, dass der Bund die Finanzierung selber übernimmt und auf eine obligatorische Ko-Finanzierung durch die Kantone verzichtet. Entsprechend ist der Mitteleinsatz des Bundes mindestens zu verdoppeln auf 750 Mio. Fr. Der nötige finanzielle Spielraum besteht durch die bevorstehenden Versteigerungen der Mobilfunklizenzen.

Verfahren vereinfachen

Der Vernehmlassungsentwurf des Bundesrates sieht komplizierte Verfahren für die Umsetzung der Gigabitstrategie vor. Aus Sicht der SAB müssen diese Verfahren entschlackt und vereinfacht werden. Da sich gemäss der Forderung der SAB die Kantone finanziell nicht beteiligen müssen, entfällt auch eine Gesuchsprüfung durch die Kantone. Gesuche der Gemeinden um finanzielle Unterstützung können so direkt beim Bund eingereicht werden. Auch die Einholung von Auskünften bei den Telekom-Anbietern über deren Ausbaupläne („Erkundungsverfahren“) kann beim Bund zentralisiert werden. Sonst müssen bis zu 600 Gemeinden solche Verfahren einzeln durchführen. Die SAB empfiehlt den Gemeinden ohnehin, den Ausbau möglichst regional koordiniert vorzunehmen.

Weitere Informationen:

- Die vollständige Stellungnahme der SAB findet sich auf www.sab.ch

Für Rückfragen:

- Thomas Egger, Direktor der SAB, Tel. 031 382 10 10